

09. März 2009 21:15 Uhr

Hoffen auf den Bankrott

Bund und Länder müssen sich endlich auf eine wirksame Strategie gegen die NPD einigen: Politisch bekämpfen oder verbieten.

Vielen Demokraten verursacht es Zähneknirschen, dass auch glasklare Verfassungsfeinde wie die NPD Alimente vom Staat bekommen. Zumal sich das nicht der Großherzigkeit des Staates verdankt, sondern nur dem Geldhunger der ihn tragenden Parteien. Da ist es ein gewisser Trost, wenn Rechtsradikale sich immer wieder unfähig zur erforderlichen Haushaltsdisziplin zeigen. So könnte sich – mit etwas Glück und guten Juristen – sogar das Dauerärgernis NPD für die Republik erledigen: per Bankrott, nicht nur politisch oder moralisch, sondern buchstäblich. Man kann das nur wünschen, denn was die Innenminister von Bund und Ländern in letzter Zeit zum Kampf gegen rechts beitragen, ist kläglich und wirr. Die einen ziehen im Alleingang ihre Spitzel aus der Partei ab, um in ein neues Verbotsabenteuer vor dem Verfassungsgericht zu gehen. Andere, etwa aus Baden-Württemberg, brüsten sich, wie sehr sie angeblich die NPD per Verfassungsschutz in Schach halten. Vorsicht: Letzteres würde bedeuten, dass an den menschenverachtenden NPD-Umtrieben und -Aufmärschen nicht wenige verkappte Staatssöldner beteiligt sind. Das ist kein Zustand. Bund und Länder müssen sich endlich auf eine wirksame Strategie gegen die NPD einigen: Politisch bekämpfen oder verbieten. Die Betonung liegt auf einigen. In einem Superwahljahr ist das wahrscheinlich illusorisch. Also bleibt nur die Hoffnung, dass die Haushaltsdilettanten der NPD allmählich ganze Arbeit leisten. .

Autor: Stefan Hupka